

Die hochschulpolitische Situation im März 1978

Der RCDS ist der stärkste Studentenverband

Vor dem Bundesvorstand der CDU Deutschlands berichtete der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Friedbert Pflüger, über die Situation an den bundesdeutschen Hochschulen nach dem Wintersemester 1977/78. Der Bundesvorstand bescheinigte dem RCDS, daß er als Ansprechpartner der Union an den Universitäten erfolgreich gearbeitet hat, wie auch die folgende Dokumentation des RCDS-Bundesvorsitzenden beweist.

Studentenwahlen 1977/78: RCDS und Bündnispartner erheblich gestärkt

Als den Wahlen zu den Studentenparlamenten gingen RCDS und seine Bündnispartner, vornehmlich sozial-liberale und fachbereichsbezogen arbeitende Studentengruppen, als klarer Sieger hervor. Der RCDS ist die eindeutig stärkste Gruppe in der Hochschulpolitik und stellt mit ca. 400 Studentenparlamentariern bundesweit die **stärkste Studentenfraktion**. Er ist an 100 Hochschulorten vertreten und ist mit 6 700 Mitgliedern auch der mitgliedermäßig stärkste Verband. Dies ist das Ergebnis jahrelanger Kleinarbeit trotz gegenläufiger Tendenzen in der Hochschulpolitik.

Der RCDS ist besonders stark in den juristischen, wirtschaftswissenschaftlichen, medizinischen und agrarwissenschaftlichen Fachbereichen, schwächer bei Politologen und Soziologen und an den meisten Pädagogischen Hochschulen.

15 gemäßigte Studentenvertretungen

Der RCDS führt, bestimmt mit oder trägt heute wieder 15 Allgemeine Studentenausschüsse. Die wichtigsten sind: Bonn, Bochum, Köln, Paderborn, Kiel, Ulm, Regensburg, Augsburg, Mannheim, FH-Ludwigshafen, FH-Regensburg, FH-Germersheim, TiH-Hannover (in Münster und an der PH-Aachen besteht die große Chance eines gemäßigten ASTA).

Volksfront verhindert demokratische Mehrheiten

Der Grund dafür, daß der RCDS im Verhältnis zu seiner Stärke nur in relativ wenigen Studentenvertretungen beteiligt ist, liegt vor allen Dingen daran, daß ihm ein größerer demokratischer Koalitionspartner im sozial-liberalen Lager fehlt.

Die Jusos und der Liberale Hochschulverband weigern sich nach wie vor, mit dem RCDS zu koalieren und gehen statt dessen fast überall Volksfrontbündnisse mit den verschiedenen kommunistischen Organisationen ein. Der RCDS steht noch immer an den meisten Hochschulen allein dem gesamten Linksblock gegenüber.

Dadurch, daß SPD und FDP sich weiterhin weigern, sich klar von der Volksfront an den Hochschulen zu distanzieren (z. B. gab es in jüngster Zeit Wahlausrufe von SPD-Bundestagsabgeordneten — Thüsing, Paderborn, und Friedrich, Würzburg, — zugunsten von

Volksfrontlisten und dürfen Mitglieder des verfassungsfeindlichen Sozialistischen Hochschulgremiums (SHB) noch immer der SPD angehören), werden Jusos und LHV trotz ihrer linkssozialistischen Politik von fast allen SPD- und FDP-Anhängern gewählt.

Durch die Volksfrontpolitik haben die Kommunisten nach wie vor die Möglichkeit, in Schlüsselpositionen der Studentenschaft zu gelangen. An insgesamt ca. 40 Hochschulen bestehen heute Volksfrontbündnisse (vgl. dazu RCDS-Dokumentation: Volksfront vom Juli 1977).

Die Zeit der dogmatischen Kommunisten ist vorbei

Die großen Verlierer der Studentenparlamentswahlen des letzten Jahres sind die orthodox-kommunistischen Studentengruppen Spartakus (DKP) und Sozialistischer Hochschulgremium (SHB) sowie die verschiedenen maoistischen „K-Gruppen“. Die Verluste dieser Organisationen im bundesweiten Durchschnitt liegen bei etwa 15 %. Dieses ist ein Erfolg einer klar antikommunistischen Politik des RCDS.

„Basisgruppen“ stärker

Einen Teil dieser kommunistischen Stimmen haben undogmatische, linkssozialistisch orientierte sogenannte „Basisgruppen“ aufgefangen. Die Basisgruppen betreiben eine sehr radikale und unkonventionelle Politik, die viele partei- und staatsverdrossene Studenten auch des gemäßigten Lagers anspricht. Der stark radikale Minderheitenflügel der Basisgruppen (Buback-Nachruf) hat keine wesentliche Unterstützung in der Studentenschaft. In Göttingen und Tübingen, wo sich die Basisgruppen voll mit dem Buback-Nachruf identifizierten, verloren sie einen Großteil ihrer Wähler.

Gruppen rechts vom RCDS führen zur Spaltung des Unionspotentials

An einigen Hochschulen gibt es Versuche, Organisationen aufzubauen, die vorgeben, an der Hochschule „eine harte Parteilinie“ gegen den „anpasserischen“ RCDS zu vertreten. Solche Gruppierungen führen lediglich zu einer Spaltung der RCDS-Stimmen.

An allen Hochschulorten, wo solche Gruppierungen kandidierten, verlor der RCDS seine rechten Stimmen an diese Organisationen. Eine Vergrößerung des Gesamtpotentials konnte in keinem Fall festgestellt werden (Göttingen und Münster). Die Spaltung der Unionssympathisanten an den Hochschulen nach dem Vorbild einer vierten Partei ist an der Hochschule noch weitaus unsinniger als in der Gesamtgesellschaft.

Im Hochschulbereich geht es nämlich nicht um eine Auseinandersetzung zwischen den demokratischen Parteien, sondern um die Auseinandersetzung um die Gesellschaftsordnung insgesamt. Kleinkariertes Gezänk über die politische Strategie bindet Kräfte und nützt den Linksradikalen. Die Union sollte alles tun, um die Gründung von „Spalterorganisationen“ zu verhindern.

Der RCDS hat neben der Aufgabe, christlich-demokratisches Gedankengut an den Hochschulen zu verbreiten, auch die Funktion des demokratischen Interessenvertreters der Studenten, zumal der sogenannte studentische Dachverband VDS diese Aufgabe nicht erfüllt, sondern sein Volksfrontvorstand sich lediglich in Theoriediskussionen à la Kasperltheater über die „richtige“ marxistische Politik ergeht. Aus der Funktion des Interessenvertreters folgt, daß der RCDS in Teilbereichen der Politik zu anderen Auffassungen kommt als z. B. die Bildungspolitiker der Union (so ist der RCDS gegen die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg). Ähnlich also wie die Vereinigungen der Union sieht es auch der RCDS als seine Aufgabe an, Interessen eines Teilbereiches in der Union zur Sprache zu bringen.

„Generalstreik“ der Marxisten gescheitert, aber weiterhin Radikalisierungsgefahr

Durch die katastrophalen Berufsaussichten, die Regelstudienzeiten und die vielfach unzureichende soziale Absicherung besteht weiterhin eine große Unzufriedenheit innerhalb der Studentenschaft. Sie stellt einen Nährboden für radikale Gruppen dar. Die Tatsache, daß der von sämtlichen Linksgruppen angekündigte bundesweite „Generalstreik“ aufgrund des Einsatzes des RCDS kläglich scheiterte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich viele Studenten einem kollektiven Protest in Zukunft dann nicht mehr verschließen werden, wenn nicht eine Verbesserung der studentischen Situation erreicht wird.

Verlust des Rechtsbewußtseins

Durch das jahrelange Nichtstun der Verantwortlichen bei der widerrechtlichen Wahrnehmung eines allgemeinen politischen Mandates durch die Verfaßten Studentenschaften und bei Störaktionen, die mangelnde Zivilcourage vieler Professoren, Rektoren und Kultusminister, die inkonsequente Handhabung rechtlicher Möglichkeiten und die Bequemlichkeit und Starrheit vieler Vertreter der Politik wurde bei vielen Studenten eine Verbildung des Rechtsbewußtseins bewirkt; das Rechtsempfinden in der Hochschule ist vielfach völlig anders als in der Gesamtgesellschaft.

So werden z. B. Schmierereien an Hochschulgebäuden als völlig normal empfunden, Studenten, die zum Rechtsschutz Gerichte anrufen, vielfach als „Denunzianten“ angesehen und in einigen Fällen notwendige Polizeieinsätze emotional abgelehnt.

Dieses erschwert die politische Arbeit des RCDS, der nur schwer einen Rechtsstaat vertreten kann, der in vielen Fällen vor den Toren der Hochschule hält. Die Auffassung, z. B. bei Streikaktionen müsse der RCDS selbst „Hand anlegen“ und sich den Weg zum Hörsaal „freikämpfen“, wie sie teilweise auch aus dem Unionsbereich erhoben wurde, bedeutet eine Bankrotterklärung des Rechtsstaatsgedankens und leistet der Untergrabung des Rechtsstaates durch linksradikale Ideologen Vorschub.

Graben zwischen Hochschule und Gesellschaft

Zwischen den Hochschulen und der Gesellschaft besteht kaum noch ein Dialog. Immer häufiger ist in der Öffentlichkeit eine gefährliche Anti-Hochschul- und Anti-Studentenstimmung festzustellen. Diese wird hervorgerufen durch die Pauschalierung linksradikaler Aktivitäten.

Die gesamte Studentenschaft leidet unter den Aktivitäten einer kleinen linksradikalen Minderheit. Die Öffentlichkeit neigt dazu, die Studenten insgesamt als radikal und „arbeitsfaul“ anzusehen. Die Isolierung von Studenten führt zu einem bestimmten Gettoverhalten, das sozial abweichendes Verhalten fördert.

Es muß aus diesem Grunde in Zukunft darauf verzichtet werden, die Hochschulen pauschal anzugreifen („Terrorumpf“-Zitat) und darauf hingewiesen werden, daß die überwiegende Mehrheit der Studenten arbeiten will und unsere Gesellschaftsordnung grundsätzlich bejaht. Die Veranstaltungsreihe von CDU-Politikern an der Hochschule war ein positiver Ansatz, den Dialog zwischen Hochschule und Gesellschaft zu verbessern und die Studenten zu integrieren.

Christdemokraten in der Offensive

RCDS-Veranstaltungen mit CDU-Politikern an den Hochschulen waren ein voller Erfolg.

Die Veranstaltungsreihe mit prominenten Politikern der Union, die der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im Wintersemester an den bundesdeutschen Hochschulen durchführte, wurde von CDU-Generalsekretär Geißler und dem RCDS-Vorsitzenden Pflüger nach einer Bundesvorstandssitzung der CDU vor der Presse als positiv bewertet. Die Veranstaltungen sollen auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Folgende Veranstaltungen wurden im Dezember 1977/Januar 1978 in den Hörsälen deutscher Hochschulen mit führenden Unionspolitikern durchgeführt:

- a) **Normal verlaufene Veranstaltungen:** Weizsäcker (Münster), Barzel (Bonn), Biedenkopf (Münster), Pfeifer (PH-Bonn), Langguth (Paderborn), Narjes (Köln).
- b) **Veranstaltungen mit Störungen:** Kohl (Berlin), Laurien (Mainz), Spaeth (Heidelberg), Biedenkopf (Bielefeld), Kiep (Osnabrück), Kiep (Kiel).
- c) **Gesprengte Veranstaltungen:** Geißler (Bremen), B. Vogel (Göttingen).

Darüber hinaus sprachen etwa zehn Bundes- und Landtagsabgeordnete bei kleineren RCDS-Veranstaltungen oder Podiumsdiskussionen an Hochschulen. Prof. Karl Carstens sprach in seiner Eigenschaft als Bundestagspräsident unter Störungen an der Universität in Kiel.

RCDS und CDU kamen überein, die Veranstaltungsreihe fortzusetzen, und zwar aus vor allen Dingen folgenden Gründen:

1. Die Resonanz auf die Veranstaltungen in den Medien war insgesamt gut. Es ist richtigerweise der Eindruck entstanden, daß CDU-Politiker im Bereich Hochschule „Flagge zeigen“ und den demokratischen Dialog mit den Studenten suchen.
2. Ferner ist breiten Teilen der Öffentlichkeit vor Augen gehalten worden, welche Zustände an einzelnen Universitäten noch immer herrschen, und daß die Warnungen der CDU vor einem starken kommunistischen Einfluß an den Hochschulen nicht aus der Luft gegriffen waren.
3. Mit den Veranstaltungen sind Christdemokraten in die hochschulpolitische Offensive gegangen, die Linksradikalen wurden zur Reaktion gezwungen.
4. CDU-nahe Studenten, gerade an tendenziell linken Universitäten, fühlen sich bestärkt durch die Präsenz führender CDU-Politiker.
5. Viele Studenten, die sich von den Politikern oft alleingelassen gefühlt haben, bewerten das Auftreten der CDU-Politiker als einen positiven Ansatz zur Verstärkung des Dialoges zwischen Hochschule und Öffentlichkeit.
6. Durch die anhaltende Präsenz von CDU-Politikern auf dem Campus wird ein völliger Klimawechsel — zumindest langfristig — erreicht. Heute ist es noch eine Sensation, wenn sich ein führender Unionspolitiker an die Hochschule „wagt“, nach einiger Zeit wird sich hier eine „Normalisierung“ zeigen.

Der RCDS hat inzwischen auch SPD- und FDP-Politiker aufgefordert, sich endlich einmal an den Hochschulen sehen zu lassen und den demokratischen Dialog zu den Studenten zu suchen.